

Solidarität in unserer Gesellschaft



von Parteipräsidentin
Patricia von Falkenstein

Alle halten den Zusammenhalt und die Solidarität in unserer Gesellschaft für wichtig, ungeachtet des eigenen politischen Hintergrunds. Tatsächlich ist es von grösster Bedeutung für unser Land, dass ein Zusammengehörigkeitsgefühl besteht und auch gelebt wird. Von der politischen Linken wird immer wieder behauptet, diese Solidarität werde von den Bürgerlichen, welche bloss die Interessen der Reichen vertreten würden, in Frage gestellt. Mit

gefährlichen Initiativen versuchte die Linke sich als Retter der Armen zu profilieren: die 1:12 – Initiative, jene zum Mindestlohn, für eine garantiertes Grundeinkommen, zur Erbschaftssteuer und zum Volksbegehren der Jungsozialisten in Basel, eine Steuererhöhung für besser Verdienende einzuführen. Die Schlagwörter heissen Gerechtigkeit, Solidarität und die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich. Oft preschen die Jungsozialisten vor und die SP versucht sich dann in Schadensbegrenzung und entschuldigt die Juso-Aktivitäten mit dem Hinweis auf die ungestüme Jugend. Dass einzelne dieser Initiativen dem Standort Schweiz oder Basel massiv schaden würden, begreift die SP offenbar nicht. Laut wurde die angebliche Entsolidarisierung bei der Protest-

kundgebung von Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung gegen die Budgetsenkungs-Massnahmen des Regierungsrates auf dem Marktplatz im April angeprangert. Neben anderen Rednerinnen und Rednern behauptete auch unsere Ständerätin, der Grund für die Ausgabensenkungen sei die Unternehmenssteuer-Reform, welche unserem Kanton Mindererhalten von ca. 70 Millionen Franken bringen. Zufällig ist der Betrag der geplanten Ausgabensenkungen etwa gleich hoch. Die Vorhaben des Regierungsrates wurden zum Teil lächerlich gemacht und natürlich rundweg abgelehnt. Natürlich ist es bedauerlich, wenn gewisse staatliche Aufgaben nicht mehr oder nur noch in reduziertem Umfang angeboten werden können. Es ist legitim, eine andere Meinung zu haben als die Regierung, und selbstverständlich darf man auch gegen ihre Entscheide demonstrieren. Befremdlich ist allerdings eine solche linke Manifestation gegen die Politik einer Regierung, in der eine links-grüne Mehrheit besteht. Es sind nicht die Bürgerlichen, welche dieses Massnahmenpaket geschnürt haben, es ist der Regierungsrat mit der linken Finanzdirektorin an der Spitze. Noch erstaunlicher ist dann, dass in fast jeder Sitzung des Grossen Rates aus dem ausgabefreudigen links-grünen Lager Vorstösse kommen, die den Kanton noch mehr Geld kosten. Weiss die linke Exekutive nicht, was die linke Legislative tut - und umgekehrt? Auch nicht redlich beim linken Beschwören des Gegensatzes zwischen arm und reich ist es, die Frage, wer bezahlt in unserem Kanton wie viel Steuern, geflissentlich auszublenden. Auf

Präsenz ist und bleibt gefragt!

Der Landrat unseres Nachbarkantons hat in einem zweiten Anlauf keine Mehrheit gefunden, die für den zusätzlichen Beitrag in der Höhe von CHF 700'000.- für das Theater Basel gestimmt hat. Gründe dafür waren weniger das finanzielle Loch in der Baselbieter Staatskasse, sondern vielmehr die mangelnde Präsenz der bürgerlichen Befürwortenden bei der Abstimmung! Kürzlich hat sich die Schreibende im Namen der LDP- und FDP-Fraktion gegen die Überweisung einer Motion gewehrt, die eine neue Staatsaufgabe und weitere Staatstellen im Bildungsbereich bedingt hätte; bei der Abstimmung waren sieben Mitglieder der FDP abwesend. In der Mai-Sitzung kam es bei der Beratung der „Strasseninitiative“ wegen mangelnder Präsenz der Bürgerlichen zu knappen, aber herben Niederlagen. In der ersten Junisitzung kam ein unerwünschter Antrag mit 2 Stimmen Mehrheit durch. Die Konsequenzen einer wegen mangelnder Präsenz verpatzten Abstimmung tragen im Endeffekt die Steuerzahlenden! Bei den knappen Mehrheitsverhältnissen im Grossen Rat spielt die Präsenz eine entscheidende Rolle und Absenzen während der Ratssitzungen sind nur im Notfall entschuldbar. Wir sind unseren Wählerinnen und Wählern gegenüber verpflichtet unsere Aufgabe ernst- und wahrzunehmen, auch wenn einige selbsterwerbende Mitglieder der LDP-Fraktion unausweichlich Erwerbseinbussen in Kauf nehmen müssen; sie tun dies im Interesse der Sache nota bene freiwillig! Nachweislich ist die Präsenz der LDP-Fraktion während der Grossratssitzungen im Vergleich zu den weiteren bürgerlichen Fraktionen vorbildlich.

Christine Wirz-von Planta

Inhalt

Solidarität in unserer Gesellschaft	1 u. 9
Präsenz gefragt!	1
Verkehrsgeschäfte im Grossen Rat: Die Vernunft ist leider immer mal wieder die grösste Verliererin	2
Unternehmer als Vorbild nehmen	3
Universitätsspital: LDP-Fraktion unterstützt	
Neubau-Beschluss	4
Taxi-Gesetz: Dank LDP- Anträgen verbessert	4
Cassis-de-Dijon-Prinzip*: Wer stoppt die Bauern-Lobby?	5
Verkehrsregime Innerstadt:	
Einige Böcke beseitigt - LDP hält an Anzug fest	6
Der „Neue“ bei Pro Innerstadt: Das Präsidium - Bürde oder Würde?	7
Petition Wettsteinalle eingereicht	7
Abstimmungen vom 14. Juni: Nein zu Umverteilung, Ja zu moderner Medizin - und ein Zufallsentscheid mit Folgen	8
Für besseres öV in Kleinhüningen	8
Osterhasen	8
Einladung zum Besuch im Zoll Basel	9
«Jesus ist fürs Leben gestorben»	9
Handels- und Gewerbeverein Riehen:	
Stabübergabe beim Präsidium	10
Jungliberale mit eigener Liste in die Nationalratswahlen	10
Impressionen von der Parteiversammlung	11
Unser täglich Paradoxon gib uns heute	12

Fortsetzung auf Seite 9

Verkehrsgeschäfte im Grossen Rat: Die Vernunft ist leider immer mal wieder die grösste Verliererin

In seinen Sitzungen vom 20. Und 21. Mai debattierte der Grosse Rat über zwei Geschäfte, die mit Veloförderung zu tun haben: Die Strasseninitiative und die „Neuorganisation des Aeschengrabens“. Es ist schon fast eine Ironie des Schicksals, dass beide Geschäfte hintereinander traktandiert wurden und exemplarisch aufzeigen, wie unterschiedlich die Vernunft in der Verkehrspolitik aufgrund der politischen Zusammensetzung des Grossen Rates zum Tragen kommt.



von Heiner Vischer, Grossrat und Vizepräsident der Umwelt- und Verkehrskommission (UVEK) des Grossen Rates

Zuerst eine kurze Beschreibung der beiden Geschäfte bevor die „Vernunftsprobe“ erfolgt.

Strasseninitiative...

Wie schon im letzten LIBERAL dargestellt, verlangt die Strasseninitiative des VCS in 5 Jahren Velomassnahmen im Sinn von Velostreifen auf allen verkehrsorientierten Strassen im Kanton Basel-Stadt zu treffen. Dies ist eine immerhin 46 Kilometer lange Strecke aller verkehrsorientierten Strassen, auf denen noch keine Velomassnahmen bestehen. Auch werden eine Priorisierung des Öffentlichen

Verkehrs und normgerechte und hindernisfreie Fussgängerverbindungen gefordert. Diese beiden Punkte haben aber in der Diskussion nur einen marginalen Stellenwert.

...vernichtet Parkplätze

Die geforderten Velomassnahmen würden zur Abschaffung von unzähligen Parkplätzen führen und die Anwendung von Tempo 30 auf bestimmten Hauptachsen durch die Stadt wäre ein gravierender Eingriff in die Strassennetzhierarchie des Kantons, die insbesondere die Wohnquartiere vom Verkehr

entlasten möchte. Der Regierungsrat beziffert die Kosten für die Umsetzung der Initiative auf CHF 145 Mio.

Der Regierungsrat hat dann im Ratschlag einen Gegenvorschlag formuliert, der in 20 Jahren die Massnahmen umsetzen würde und CHF 44 Mio kostet. Zudem würden die Massnahmen nur auf den im Teilrichtplan Velo vorgeschlagenen Velorouten umgesetzt werden. Auf diesen immer noch insgesamt 36 Kilometer langen Strassenabschnitten müssten in der Folge bis zu 1900 Parkplätze aufgehoben werden.

Gespaltene UVEK

Bei den Beratungen in der UVEK (Umwelt und Verkehrskommission des Grossen Rates) wurde schnell klar, dass die Bürgerlichen weder die Initiative noch den Gegenvorschlag des Regierungsrates unterstützen und die UVEK hat sich deshalb

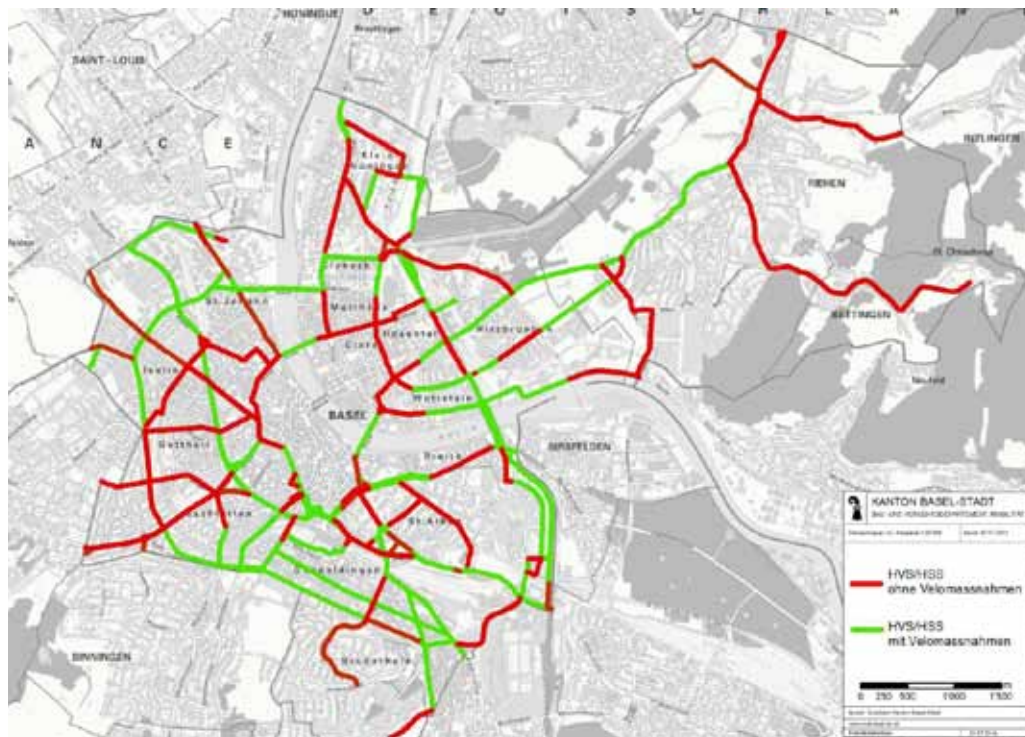
in eine Mehrheit (Links-Grün und Grünliberale) und Minderheit (Bürgerlich) getrennt und das Geschäft separat weiter behandelt. Die Mehrheit hat dann einen neuen Gegenvorschlag vorgestellt, der mit nur CHF 5 Mio. in sieben Jahren die in der Initiative geforderte Massnahmen umsetzen möchte. Gleich wie der Regierungsrat möchte die Mehrheit die Massnahmen nur auf die im Teilrichtplan Velo vorgesehenen Strassenabschnitte der verkehrsorientierten Strassen umsetzen. Die geringen Kosten führt die UVEK-Mehrheit darauf zurück, dass die Massnahmen mit „Pinsel und Farbe“ umgesetzt werden können – also die Aufhebung der Parkplätze und die Signalisation von Tempo 30 Strecken, wo es keine Parkplätze zum Aufheben gibt. Dass dies eine Illusion ist, zeigt die Praxis des Bundesgerichtes, das bisher nur in zwei Fällen eine solche Umwidmung von einer verkehrsorientierten Strasse in eine Tempo 30-Strecke bewilligt hat.

Kontroverse Debatte im Grossen Rat

Die Debatte im Grossen Rat war dann, wie zu erwarten, sehr kontrovers und wurde von der Mehrheit ideologisch geführt. Die Vernunft hat hier auf jeden Fall nicht gesiegt, denn der Grosse Rat hat sehr knapp mit der rot-grün-grünliberalen Mehrheit sowohl der Initiative als auch dem Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit zugestimmt und bei der Stichfrage den Gegenvorschlag bevorzugt. Das Volk wird dann bei der voraussichtlichen Abstimmung am 15. November hoffentlich mit mehr Vernunft entscheiden.

Neuorganisation Aeschengraben...

Bald wird ja bekanntlich die Baloise ihren Neubau am Aeschengraben realisieren. Dieses grosse Gebäude bedingt natürlich beträchtliche Arbeiten für die Fundamente, die auch gewisse Erschütterungen mit sich bringen. Nun befindet sich im Aeschengraben eine über



Grobe Abschätzung der von Initiative betroffenen Strassenabschnitte (rot) gemäss Ratschlag des Regierungsrates.

Unternehmer als Vorbild nehmen

Leider ist es bei uns so, dass die Erfolgreichen, die sich einsetzen, beneidet werden. Es ginge ja auch anders. Man könnte die Erfolgreichen als Vorbild nehmen und ihnen helfen. Stattdessen werden Menschen, die initiativ sind, als suspekt angesehen. Unter dem Motto, «Was ich nicht erreichen kann, bekämpfe ich» verlangen die Neider und Verhinderer Kontrollen und Hindernisse und das unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit. Gleichmacherei führt zum Stillstand. Ich schlage vor, diese Neider zu behaften. Sie sollen Verantwortung für ihr Tun übernehmen. Sie sollen persönlich für die Verluste, die sie herbeiführen, haften. Diese Menschen verlangen vom Staat Hindernisse aller Art und wenn etwas schief geht, dann war es nicht ihre Schuld! Das Erfolgsmodell «moderne Schweiz» ist auf den Initiativen Unternehmern aufgebaut und nicht auf Genossen, die gleichmachen und nur auf ihre eigenen Vorteile aus sind. Ich bin stolz darauf, in einer Stadt zu leben, in der es viele Initiative Unternehmer gibt, und fände es schön, wenn diese auch gebührend unterstützt würden.

Philip Karger, Präsident LDP-Quartierverein Grossbasel-West

100 Jahre alte Hauptleitung für Wasser und Kanalisation die durch solche Erschütterungen akut gefährdet wäre und deshalb zwingend vor dem Neubau erneuert werden muss. Zudem müssen die Geleise des Trams mit dem Schienenbett ebenfalls erneuert werden (der Aeschengraben ist eine der am meisten befahrenen Tramstrecken).

...mit vernünftigem und unvernünftigem

Der Regierungsrat schlägt deshalb vor, dass 2017-2018 im Zuge der Sanierungen und folgenden Belagsarbeiten am Aeschengraben die Strasse neu organisiert werden soll. Neben den beiden Fahrspuren soll ein 1.5 Meter breiter, normge-

rechter, Velostreifen markiert werden, da die Velos bei einer Stausituation nicht mehr an den Autos vorbeikommen und dann auf das Trottoir ausweichen. Um dies zu realisieren, muss die Strassenfläche um den Velostreifen verbreitert werden. Da sich vor der Hauserzeile verschiedene Vorgärten befinden, hat der Regierungsrat mit den Eigentümern vereinbart, dass diese die nötigen Flächen abtreten, um die Trottoirbreite bis zu den Liegenschaften zu verbreitern.

Mehrkosten wegen Luxuslösung...

Das tönt ja alles sehr vernünftig und wird auch von der Bürgerlichen Seite unterstützt. Weniger vernünftig ist es aber aus liberaler Sicht, dass zwischen dem Baloise-Areal und der BIZ am Aeschengraben das Trottoir durchgehend gepflästert und zudem eine Baumallee, welche die Bäume zwischen der Baloise und der BIZ verbinden würde, gepflanzt werden soll. Die Mehrkosten für diese „Luxusvariante“ betragen geschätzte CHF 2 Mio. Die Bürgerlichen betrachten dies aus 2 Gründen als unnötig: 1. besteht bereits eine prächtige Promenade in der Mitte des Aeschengrabens und 2. soll in Zeiten des Sparens auf Luxuslösungen verzichtet werden.

...verhindern immerhin Spurreduktion

Nun kam aber das wirklich Unvernünftige: Links-Grün forderte die Aufhebung einer der beiden Fahrspuren zwischen der Nauenstrasse und dem Aeschengraben und die Einrichtung einer überbreiten Velospur.

Dass dies aus verkehrstechnischer Sicht unmöglich realisiert werden kann und zu einem Verkehrskollaps besonders bei der Nauenstrasse führt, konnte die ideologisch gefärbte Argumentation der Befürworter nicht ändern.

Erst als die bürgerliche Seite Bereitschaft dazu zeigte, die Luxuslösung zu akzeptieren, konnte der „Kompromiss“ erreicht werden. Der Grosse Rat hat dann auch mit einer grossen Mehrheit dem Ratschlag der Regierung zugestimmt. Hier hat also die Vernunft (mit einer Einschränkung) schlussendlich doch gesiegt.

Leider oft Ideologie statt Vernunft

Diese beiden Beispiele zeigen gut, wie die Basler Verkehrspolitik von ideologischen An- und Absichten geprägt ist. Einerseits ist es der „Verteilkampf“ zwischen Velo und Auto, und andererseits sind es die Bedürfnisse an Mobilität sowie der Wunsch, vernünftige und machbare Lösungen in unserer Stadt zu erzielen.

Man müsste mit gesundem Menschenverstand davon ausgehen können, dass die Ansprüche aller Verkehrsteilnehmer – also Autos, Velos, Öffentlicher Verkehr – gleichberechtigt behandelt werden. Dass dem aber nicht so ist, haben die jüngsten Debatten wieder klar gezeigt. Dies war schon beim Tram Erlenmatt der Fall, wo der von der Regierung geplante CHF 68 Mio.-Bau dieser Traminie, deren Bedürfnis marginal ist, mit ideologisch gefärbten Gründen gefordert wurde. Erst das Volk hat dann diesem Projekt mit der Abstimmung ein Ende gesetzt.

LDP auf Facebook

Die Liberal-Demokratische Partei hat seine Präsenz auf Facebook ausgebaut. Hier finden Sie alles Wissenswerte und die neuesten Vorstösse sowie die Reaktionen darauf. Schauen Sie doch mal rein - und „liken“ Sie uns.

Auf Wiedersehen im Facebook!

Das Volk muss es richten

Und nun ist mit der Strasseninitiative und dem UVEK-Gegenvorschlag wieder eine ähnliche Situation eingetreten, bei der die Bedürfnisse eines Verkehrsteilnehmers (Velo) gegen die eines anderen (Autos) ausgespielt wird. Dabei ist ja mit dem Teilrichtplan Velo ein gutes Instrument geschaffen worden, nämlich dort, wo es vernünftig ist, Velorouten zu schaffen. Oft ist es halt besser und sicherer mit dem Velo auf verkehrsberuhigten Strassen als auf den verkehrsorientierten Strassen zu fahren. Dem entgegen steht die Forderung der Velolobby, viel mehr für die Velofahrer in unserer Stadt zu tun, da ja angeblich nichts für sie getan würde. Dass im Veloranking der grossen Städte in der Schweiz Basel hinter Winterthur an zweiter Stelle steht und diese Studie ausge-rechnet von ProVelo angefertigt wurde, wird natürlich dabei verschwiegen.

Es gilt nun mit guten Argumenten – die es in ausreichender Anzahl gibt – die Stimmbürger davon zu überzeugen, am 15. November vernünftig abzustimmen Und das heisst: Nein zur Strasseninitiative und Nein den Gegenvorschlag der UVEK.



Die Abbildung aus dem regierungsrätlichen Ratschlag zeigt den Projektperimeter.

Universitätsspital: LDP-Fraktion unterstützt Neubau-Beschluss

Der Grosse Rat hat im Mai grünes Licht für den Bau des neuen Klinikums 2 des Universitätsspitals gegeben. Das Geschäft war am Ende kaum umstritten, trotz der Kritik am Bauprojekt mit seinem 60 Meter hohen Bettenturm. Dieses Hochhaus wird die Stadtsilhouette vor allem vom Kleinbasler Rheinufer her deutlich verändern. Die Liberale Fraktion votierte mit klarer Mehrheit für den Bebauungsplan und damit für das Hochhaus.



von Grossrat Conradin Cramer

Die Fraktion hat sich diesen Entscheid nicht leicht gemacht. Ich möchte die Argumente für den Neubau, welche die LDP-Fraktion überzeugt haben, kurz darstellen.

Spital am bestehenden Ort weiterentwickeln

Es war für die LDP-Fraktion klar, dass das Universitätsspital an seinem historisch gewachsenen Ort weiter entwickelt werden soll. Diese Entwicklung ist nicht nur für die Gesundheitsversorgung in der Region, sondern auch für die Universität wichtig. Ein neues Spital, das den erhöhten Bedarf berücksichtigt, muss entweder in die Höhe oder in die Breite gebaut werden. Ein Verzicht auf das Hochhaus würde bedeuten, dass der Spitalgarten

grössenteils aufgegeben oder dass in der Nähe der Schanzenstrasse verdichtet werden müsste. Eine Verlagerung des Bettenhauses an die Schanzenstrasse hätte aber betriebliche Erschwernisse zur Folge, die zu höheren Kosten und auch in der Tendenz zu grösserer Fehleranfälligkeit führen würden. Das wäre unsinnig, zumal die Investitionen der letzten Jahre, besonders der Bau der neuen Operationssäle an der Spitalstrasse, auf ein in der Nähe liegendes Bettenhaus ausgelegt sind. Nicht zu unterschätzen ist schliesslich die – faktische und ökonomische – Notwendigkeit des Baus des neuen Bettenhauses bei laufendem Spitalbetrieb. Ohne einen Bau in die Höhe auf einer bestehenden Freifläche wäre das kaum verträglich zu realisieren.

Suboptimale heutige Situation

Klar war für die Fraktion auch, dass das bestehende Klinikum 2 mit seinem hohen, weithin sichtbaren und - diplomatisch formuliert - heutigen ästheti-

schen Anforderungen nicht genügenden Gebäuderiegel keine gute städtebauliche Situation darstellt. Im Minimum lässt sich sagen: Die Gesamtwirkung mit dem neuen Hochhaus entspricht zwar nicht dem Ideal einer baulichen Nachbarschaft zu einer mittelalterlichen Altstadt, beseitigt aber eine bestehende unbefriedigende bauliche Situation, ohne eine schlechtere bauliche Situation zu schaffen. Und auch diese Medaille hat zwei Seiten: Die Nachbarschaft zur mittelalterlichen Altstadt bedeutet die leichte Erreichbarkeit eines ganz wesentlichen städtischen Grundangebots.

Beeinträchtigung nicht stärker als heute

Wesentlich ist für die LDP-Fraktion auch, dass der Neubau die Baudenkmäler in seiner Nähe nicht stärker beeinträchtigt als dies die bestehenden Bauten tun. Besonders für die Predigerkirche bringt der Neubau gar eine klare Verbesserung. Die liberale Fraktion, der das Stadtbild und die Anliegen des Denkmalschutzes am Herzen

Taxi-Gesetz: Dank LDP-Anträgen verbessert

Mit vielen Anträgen war die grossräumige Diskussion über das neue Taxigesetz behaftet. Dank Zusammenhalts der bürgerlichen Kräfte konnten problematische Anträge wie etwa die Kontingentierung des Taxibestandes oder der Einbezug von Lohn-Bestimmungen, verhindert werden. Die LDP-Fraktion konnte einen guten Teil dazu beitragen, auch andere Verbesserungen in den Gesetzestext einzufügen. So sollen zwar künftig Taxis in Basel auch in ökologischer Hinsicht eine Visitenkarten-Funktion haben, die LDP beharrte aber erfolgreich auf die Einschränkung, dass dies nur dann in Frage kommt, wenn es auch wirtschaftlich zumutbar ist. Auf Antrag der LDP gestrichen wurden Bestimmungen, die nun wirklich nicht gesetzeswürdig sind, sondern in die Verordnung gehören. So etwa, dass der Chauffeur sein Taxi regelmässig nach Fundgegenständen abzusuchen habe. Bei der Forderung, dass bei jeder Änderung der Verordnung die Sozialpartner angehört werden müssen, setzte die LDP eine Beschränkung auf „wesentliche“ Änderungen durch. Dafür soll die Anhörungspflicht sinnvollerweise auch bei der erstmaligen Fassung gelten.

liegen, hat sich schliesslich klar für den Bau des neuen Spitals ausgesprochen.

Politischer, nicht rechtlicher Entscheid

Sicher wäre es wünschbar, wenn die Bevölkerung in dieser Sache das letzte Wort hätte. Der Basler Heimatschutz als Hauptgegner des Projekts hat nun aber entschieden, keine Unterschriften für ein Referendum zu sammeln, sondern den Entscheid des Grossen Rates auf dem Rechtsweg zu bekämpfen. Ich bedaure das sehr. Es geht hier um einen politischen, nicht um einen rechtlichen Entscheid. Dieser Entscheid sollte abschliessend vom Parlament oder dem Stimmvolk getroffen werden, nicht von einem Gericht.



Die Visualisierung des neuen Klinikums in der Sicht vom Petersgraben; Auszug aus dem Ratschlag des Regierungsrates.

Cassis-de-Dijon-Prinzip: Wer stoppt die Bauern-Lobby?

Die Schweizer Landwirte setzen nach wie vor auf Abschottung. Nun sollen Lebensmittel vom bewährten Cassis-de-Dijon-Prinzip ausgenommen werden. Die protektionistischen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik sind besorgniserregend: Der Staat ist für den Gesundheitsschutz zuständig, nicht jedoch für Qualitätsstandards. Dafür gibt es den Markt!



von Marus Ebnetter,
Delegierter des Vorstands,
Wirtverband Basel-Stadt

Jacques Bourgeois ist Nationalrat. Der 57-jährige Freiburger ist auch Direktor des Schweizer Bauernverbands. Wen wundert es, dass er im Laufe der letzten sieben Jahre fast vierzig Vorstösse einreichte, die mit der Landwirtschaft zu tun hatten? So beschwert er sich beispielsweise beim Bundesrat, weil der Absatz der Schweizer Gurken sinkt. Oder er fordert eine schärfere Kontrolle, ob bei Lebensmitteln das Produktionsland korrekt angegeben ist.

Weltfremde Bestimmung

Dabei ist diese Bestimmung völlig weltfremd: Während es vollkommen genügt, die USA oder China als Herkunftsland zu deklarieren, wird die Bezeichnung „EU“ beanstandet. Hier muss sogar zwingend der einzelne Mitgliedsstaat angegeben werden. Wohlverstanden voll ausgeschrieben, denn selbst allgemein bekannte Länderkürzel wie D, F, I, A oder DE, FR, IT, AT genügen nicht. Zwar verhindert diese Praxis die Importe nicht, doch sie verteuert sie unnötig! Zu den Mitunterzeichnern vieler Vorstösse von Bourgeois gehören Kollegen aus dem Kreis der fast dreissig(!) Landwirtschaftsvertreter im Nationalrat. Allen voran Markus Ritter (CVP), der Präsident des Bauernverbands, aber natürlich auch Landwirte wie Jakob Büchler (CVP), Maya Graf (Grüne), Andreas Aebi und Erich von Siebenthal (SVP) sowie

Agrarfunktionäre wie Albert Rösti (SVP), Direktor der Schweizer Milchproduzenten, und Bruno Pezzatti (FDP), Geschäftsführer des Schweizer Obstverbands.

Vorgeschobene Wahrung der Ernährungssicherheit

Zu den Gesinnungsgenossen von Bourgeois gehört auch der bernische SVP-Nationalrat Rudolf Joder, der den Bundesrat verpflichten will, bei der Aus handlung von Staatsverträgen die heimische Landwirtschaft „im Interesse der Ernährungssicherheit zu schützen und zu diesem Zweck die Einfuhr von Lebensmitteln zu beschränken“. Die Partei von Jacques Bourgeois, die FDP, schreibt sich den Abbau von technischen Handelshemmnissen gross auf die Fahne. Das hinderte den 57-jährigen Agraringenieur

jedoch nicht daran, mit einer parlamentarischen Initiative zu verlangen, Lebensmittel vom Geltungsbereich des Cassis-de-Dijon-Prinzips auszunehmen. Die gestützt darauf erarbeitete Vorlage nahm der Nationalrat an (betr. Ständerat s. Kasten). Das bewährte Prinzip, ein Produkt in der Schweiz zuzulassen, sobald es in einem EU/EFTA-Land offiziell in Verkehr gesetzt ist, gilt nun für Lebensmittel nicht mehr. Als Hauptgrund für ihr Anliegen machten Bourgeois und seine Mitstreiter geltend, dies gefährde die Qualitätsstrategie der Landwirtschaft und die hohen Produktionsstandards hierzulande. Es würde Konsumenten irreführen, wenn Produkte, die nach unterschiedlichen Vorschriften hergestellt worden sind, unter der gleichen Sachbezeichnung in Verkehr gebracht würden.

Siegt doch noch die Vernunft?

Ganz knapp vor Redaktionschluss dieser Ausgabe trat der Ständerat auf die von NR Bourgeois initiierte Gesetzesänderung nicht ein. Der Entscheid fiel auf Antrag der Wirtschaftskommission mit 28 zu 16 Stimmen. Damit ist das Thema aber nicht vom Tisch. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Deshalb drucken wir diese Stellungnahme hier gerne ab und hoffen auf nationalrätliche Vernunft.

Nun wird das Rad zurückgedreht, obwohl für Lebensmittel schon bisher eine Sonderregelung galt: Es brauchte für sie eine Bewilligung, wenn sie den technischen Vorschriften der Schweiz nicht vollständig entsprachen. In vier Jahren erteilte der Bund gerade einmal 44 Bewilligungen, z.B. für Sirup mit geringerem Fruchtanteil oder Schmelzkäse mit tieferem Fettgehalt. Würden konventionelle Lebensmittel aus der Schweiz tatsächlich eine ausgesprochen hohe Qualität aufweisen, so stiegen die Umsätze von Bio-Produkten kaum stetig an. Zudem zeugen



Nach dem Getränk benannt wurde das Prinzip, dass innerhalb der EU ein Produkt dann überall verkauft werden darf, wenn es in einem Mitgliedsland zugelassen ist. Die Schweiz hat dieses Prinzip teilweise übernommen. Die Bauernlobby will das Rad aber zurückdrehen.

die stark zunehmenden Einkäufe von Schweizern im Ausland, dass neben dem Preis auch die Qualität und die grössere Auswahl der dort angebotenen Lebensmittel von der Masse der schweizerischen Kundschaft durchaus geschätzt werden.

Qualitätsstrategie unterlaufen

Die Abschaffung des Cassis-de-Dijon-Prinzips für Lebensmittel unterstützt die Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirte nicht, sondern unterläuft sie. Weil unsere Agrar- und Ernährungswirtschaft vor internationaler Konkurrenz geschützt wird, lässt die Qualität mancher Lebensmittel zu wünschen übrig – auch wenn das viele Konsumenten mit lokalpatriotischen

Konsumpräferenzen ignorieren. Die Annahme, die Schweiz habe das höchste Qualitätsniveau, gehört zu den Mythen, die vor allem die SVP und die Grünen zum Schaden des Landes seit längerem bewirtschaften.

Standards sind wünschenswert...

Zwar sind hohe Qualitäts- und Produktionsstandards wünschenswert, doch sind sie in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht Sache des Staates. Dessen Aufgabe ist es lediglich, den Gesundheitsschutz zu gewährleisten! Die Bundesverfassung enthält keine Grundlage für verbindliche staatliche Vorgaben bezüglich Qualitätsstandards. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung

wird ausschliesslich im Rahmen des Wettbewerbsprozesses über solche Standards entschieden. Um den Wettbewerb zu fördern, ist es erwünscht, dass der Staat im Sinne des Landwirtschaftsartikels in der Bundesverfassung Vorschriften erlässt „zur Deklaration von Herkunft, Qualität, Produktionsmethode und Verarbeitungsverfahren“ von Lebensmitteln. Solche Kennzeichnungen ermöglichen es den Kunden, bewusste Entscheidungen zu treffen.

...aber im Rahmen des Wettbewerbs

Qualitätsstandards sind keine überwiegenden öffentlichen Interessen, die Ausnahmen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip rechtfertigen. Sie können auch nicht

unter die im Gesetz über die technischen Handelshemmnisse definierten Interessen der „Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen“ oder der „Konsumentinnen und Konsumenten“ subsumiert werden.

Marktöffnung dringend nötig

Statt Lebensmittel auszunehmen sollte man die Bewilligungspraxis vereinfachen! Zudem sind endlich die hohen Schutzzölle auf vielen Lebensmitteln zu senken und schrittweise abzuschaffen. Eine Öffnung der Land- und Ernährungswirtschaft bietet Chancen, die sich die Schweiz nicht verspielen sollte. Der Teufelskreis zu immer noch mehr Planwirtschaft muss endlich durchbrochen werden!

Verkehrsregime Innerstadt: Einige Böcke beseitigt - LDP hält an Anzug fest

Der Regierungsrat hat auf die Unzulänglichkeiten des Verkehrsregimes Innerstadt reagiert und Mitte Mai einige Anpassungen und Vereinfachungen beschlossen. Es bleiben aber noch genug Punkte offen oder ungelöst. Die LDP-Fraktion beschloss deshalb, am Anzug Patricia von Falkenstein festzuhalten. Dieser Vorstoss würde problemlos überwiesen.

Aufgrund vieler Reklamationen – und nicht zuletzt eines LDP-Vorstosses – und hat sich der Regierungsrat bewegt und die Verordnung etwas verbessert:

- Die Kernzone der Innenstadt wird zugunsten der drei grössten Saalbetreiber Stadtcasino (Steinenberg), Bird's Eye Jazzclub (Kohlenberg) und

Volkshaus (Rebgasse), die allesamt an Rande des aktuellen Perimeters liegen, verkleinert, damit der Zubringerdienst möglich bleibt.



Gäste, die etwa zum Zunfthaus zur Safran (Bild) wollen, können künftig wieder mit dem Car vorgefahren werden. Nach bisherigem Regime war dies nicht möglich, was „Safr“-Wirt Hanspeter Fontana zu einer bei „Telebasel“ gezeigten Umladeaktion auf Taxis motiviert hatte.

- Gebrechliche und gehbehinderte Personen sowie Kleinkinder dürfen zu Besuchszwecken nicht nur jederzeit in die Begegnungszone und die Tempo-30-Zone, sondern künftig auch bewilligungsfrei in die Fussgängerzone gebracht und abgeholt werden.
- Künftig werden auch Kurzbewilligungen für Carfahrten in die Kernzone ausgestellt.
- Die Unterscheidung zwischen Personen, die ohne privaten Abstellplatz in der Fussgängerzone und solchen, die in der Tempo-30/Begegnungszone wohnen, wird aufgehoben. Somit erhalten künftig auch Anwohner der Fussgängerzone gebührenfrei eine Dauerberechtigung anstatt einer gebührenfreien Kurzberechtigung.
- In der Verordnung ist nun ausdrücklich festgehalten, dass die erweiterten Güterumschlagszeiten – gleich wie für die Anwohnerschaft ohne privaten Abstellplatz – auch für die Anwohnerschaft mit privatem Abstellplatz gelten.
- Marktfahrer, die eine kostenpflichtige Bewilligung gemäss Verordnung betreffend Messen und Märkte haben, müssen künftig nicht noch eine Zubringerbewilligung lösen.

Ergänzend zu den Verordnungsänderungen werden gleichzeitig verschiedene Praxisänderungen umgesetzt.

So gelten etwa für Personen, die in der Kernzone der Innenstadt wohnen, verlängerte Güterumschlagszeiten von Montag bis Freitag von 20.00 bis 11.00 Uhr des folgenden Tages und von Samstag 20.00 bis Montag 11.00 Uhr. Diese Ausnahme vom grundsätzlichen Fahrverbot gilt neu auch zum Ein- und Aus-

steigenlassen von Personen. Damit können neu sämtliche Anwohnerinnen und Anwohner auch am Abend und in der Nacht von Dritten bis zur bzw. ab der Wohnungstüre gefahren werden. Die «Fahrer» dürfen die Kernzone danach bzw. vorher ohne mitfahrenden Anwohner verlassen bzw. befahren.

Für Unternehmen, die mehr als 30 Mal pro Jahr ausserhalb der ordentlichen Güterumschlagszeiten in die Kernzone zufahren

müssen, wurde ein elektronisches Konto eingerichtet.

Dieses ist ab sofort in Betrieb und ermöglicht den registrierten Unternehmen den einfachen und vergünstigten Bezug von Kurzbewilligungen. Bei der Motorfahrzeugkontrolle gingen bis dato 35 Anträge für ein solches Konto ein.

Die Verordnungsänderungen sind seit 1. Juni 2015 wirksam. Massgebend sind die konkreten Signalisationen.

LDP bleibt am Ball

Auch wenn damit einiges zur Verbesserung von Verordnung und Praxis erreicht wurde, bleiben noch diverse Punkte offen. Die LDP hat darum beschlossen, ihren diesbezüglichen Vorstoss aufrecht zu erhalten und am Ball zu bleiben, bis tatsächlich ein Verkehrsregime Innenstadt besteht, welches von der Anwohnerschaft und dem Gewerbe akzeptiert werden kann.

Der „Neue“ bei Pro Innerstadt: Das Präsidium - Bürde oder Würde?

Am 22. Mai wurde ich zum neuen Präsidenten der Pro Innerstadt gewählt. Sehr viele, auch unbekannte Personen haben mir zu meiner Wahl gratuliert. Einige wenige haben auch kondoliert, mit welchen Beweggründen auch immer. Das Amt ist ganz offensichtlich mit grossen Erwartungen verbunden. Dessen bin ich mir bewusst. Als Anwalt gehört es zu meiner täglichen Praxis, Herausforderungen zielorientiert und umsichtig anzugehen und nachhaltig zu lösen. Aus diesem Grunde freue ich mich auf das neue Amt.



von Dr. Balz Settelen, Präsident Pro Innerstadt

und dem modernen Lebensstil angepasst? Wie steht es mit der Erreichbarkeit der Innenstadt aus?

Konsumentinnen und Konsumenten müssen diese Fragen positiv beantworten, damit sie den Bummel und Einkauf in der

Innenstadt wieder als Erlebnis und Bereicherung wahrnehmen können. Dies ist das Hauptziel von Pro Innerstadt.

Die Pro Innerstadt befürwortet grundsätzlich eine autofreie Innenstadt, da dies für alle einen Mehrwert darstellt, allerdings lässt die Umsetzung zu Wünschen übrig. Vor 13 Jahren habe ich beim Verwaltungsgericht auf dem Einspracheweg erreicht, dass im Gegenzug zum autofreien Münsterplatz Parkplätze im

Petition Wettsteinallee eingereicht



508 Personen haben die Petition der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt gegen die Umgestaltung der Wettsteinallee unterschrieben. Besonders die Tatsache, dass es grösstenteils Direktbetroffene sind, zeigt klar auf, dass das Projekt im Quartier nicht gewünscht ist. Die LDP reichte die Unterschriftenbögen am 15. April im Innenhof des Rathauses ein. Die Petition der LDP fordert einen Verzicht sowohl auf die Neugestaltung der Strasse als auch auf die Reduktion des Parkplatzangebots. Im Gebiet rund um den Wettsteinplatz hat es zahlreiche Grünflächen, ein Mangel an Bäumen besteht dort nicht. Auch macht eine Verbreiterung der Trottoirs in der Wettsteinallee keinen Sinn, da diese bereits heute breit genug sind. Ein Parkplatzabbau würde zu vermehrtem Suchverkehr führen. Übergeben wurden die Unterschriften von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein (2. v. r.) und den beiden Kleinbasler LDP-Grossräten Felix Eymann (3. v. r.) und André Auderset (ganz rechts).

Die Stadt Basel ist das natürliche Zentrum des Oberrheins und zwar seit vielen Jahrhunderten. Wir waren dank dem Rhein und der Rheinbrücke immer Verkehrsdrehscheibe, beherbergen die älteste Universität der Schweiz und mit dem Amerbach Kabinett das erste öffentlich zugängliche Museum. Heute werden wir weltweit als Stadt der Life Science und der Kultur wahrgenommen. Unsere Ausstrahlung ist unbestritten, aber diverse Faktoren führen dazu, dass der Detailhandel und die Gastronomie momentan extrem unter Druck sind. Der starke Franken und die Tramlinie 8, die direkt nach Deutschland fährt sind zwei dieser Faktoren und Realität. Die Herausforderung für Pro Innerstadt wird demzufolge sein, die Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, zu verbessern. Deshalb stelle ich die folgenden Fragen: Wird der Kunde in Basel als König behandelt? Sind die Ladenöffnungszeiten zeitgemäss

damals andiskutierten St. Alban-graben-Parking als Kompensation angerechnet werden. Obwohl der Standort und die Rahmenbedingungen wie Ein- und Ausfahrt des Parkings schon lange feststehen, ist dieses immer noch nicht realisiert, dafür wurde das Verkehrskonzept Innerstadt eingeführt. Üblicherweise würde man umgekehrt vorgehen, zuerst sorgt man für genügend Parkings um den Perimeter der Fussgängerzone und dann führt man die autofreie Innenstadt ein, aber ...

Basel tickt eben wieder einmal anders! Erste Korrekturen konnten nach intensiven Verhandlungen zwar erzielt werden, wobei ich ehrlich gesagt staune, dass man für diese Verbesserungen überhaupt kämpfen musste. Es ist für mich absolut unverständlich, dass bei der departementsinternen Umsetzung des Konzepts nicht möglichst einfache und praktikable Lösungen gesucht wurden. Es bestehen allerdings noch diverse andere Verbesserungsmöglichkeiten.

Als eine weitere Sofortmassnahme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen erachte ich den Vorschlag der Pro Innerstadt, dass die erste Stunde in den staatlichen Parkhäusern gratis ist. Damit könnte man ein kleines Gegengewicht zu den Gratisparkings der umliegenden Shoppingzentren schaffen. Es ist wie gesagt das Ziel der Pro Innerstadt, dass die Konsumenten in die Stadt kommen. Es gibt sicher noch andere Möglichkeiten und ich würde mich freuen über Ihre Vorschläge.

Für besseres öV in Kleinhüningen

Die „Versorgung“ der Bevölkerung in Kleinhüningen mit öV-Dienstleistungen hat sich seit Jahresbeginn deutlich verschlechtert. Jeder zweite 8er verkehrt bekanntlich bis nach Weil am Rhein. Auf der Rückfahrt kommen diese Tramkurse oft schon restlos überfüllt mit Einkaufstouristen und vollgestellt mit Einkaufstaschen in Kleinhüningen an. Für die Bevölkerung, die rund um diese Haltestelle und vor allem im Zentrum Kleinhüningens wohnt, fallen diese Trams als Verbindung in die Stadt faktisch weg, womit man auch zu den besten Tageszeiten mit einem lediglich viertelstündigen Rhythmus anstelle des überall sonst üblichen 7-Minuten-Takts zurechtkommen muss. Um diesen Missstand wenigstens etwas zu mildern, hat LDP-Grossrat André Auderset einen Vorstoss eingereicht, der eine einfache Abhilfe vorschlägt: Schon heute fährt die Linie 17 zu den Stosszeiten durch die Innerstadt via Mittlere Brücke und Claraplatz nach Kleinhüningen, wendet dann aber am Wiesenplatz. Würden diese Tramkurse nur eine einzige Station weiterfahren, erst an der früheren 8er-Endstation wenden und wieder Richtung Heuwaage fahren, so wäre eine massgebliche Entspannung der misslichen Situation geschaffen und der geplagten Kleinhüninger Bevölkerung geholfen. Der Vorstoss wurde in der Juni-Sitzung vom Grossen Rat mit nur einr Gegenstimme (E. Weber) überwiesen. Nun hat der Regierungsrat die Aufgabe, das Anliegen zu prüfen und dem Rat darüber zu berichten.

Abstimmungen vom 14. Juni: Nein zu Umverteilung, Ja zu moderner Medizin - und ein Zufallsentscheid mit Folgen

Sehr differenziert - und oft gegen scheinbare persönliche Vorteile - hat der Souverän bei den Abstimmungen im Juni entschieden. Die Umverteilung mittels nationaler Erbschaftssteuer lehnte er dezidiert ab, obwohl er mit dem Feigenblatt der AHV-Finanzierung geködert wurde. Ein Bekenntnis zum Föderalismus dürfte das Nein zur Stipendienvorlage darstellen - auch hier ein Nein trotz Versprechen von vermeintlichen Vorteilen. Nur mit einem Zufallsmehr kam die neue Mediensteuer durch, obwohl allen Bürgerinnen und Bürgern niedrigere Beiträge offeriert wurden. Und auf kantonaler Ebene erhielt die „Chaos-Vorlage“ der Unterflugcontainer die verdiente Quittung: Zurück auf Start.



von Grossrat André Auderset

„Ich kann allem widerstehen, nur nicht der Versuchung“, heisst ein geflügeltes Wort von Oscar Wilde. Ganz anders sehen es die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger; Sie widerstanden diversen Versuchungen. Zum Beispiel derjenigen, der AHV zusätzliche Mittel zuzuführen, indem man - wie die Initianten suggerierten, nur „ein paar Reichen etwas wegnimmt, das diese gar nicht spüren.“ Der Souverän verstand, dass diese sozialistische Umverteilung nach dem Neidprinzip zu viele toxische Nebenwirkungen gehabt hätte. Da wäre zum einen die massive Gefährdung von Familienunternehmen gewesen, die im Erbfall hätten verkauft werden müssen, um die neue Steuer bezahlen zu können. Da war zum anderen auch die

Rückwirkungsklausel, die eines Rechtsstaats nicht würdig ist.

Für Föderalismus

Der Souverän widerstand auch der Versuchung, im Stipendienwesen eine zentralistische

Lösung einzuführen, nur weil es in einigen Kantonen nicht ganz perfekt läuft. Noch deutlicher als bei der Erbschaftsinitiative wurde dieses Begehren verworfen - und dies kann zweifellos als Bekenntnis zum Föderalismus gewertet werden.

Osterhasen unterwegs



Auch in diesem Jahr gingen LDP-Exponenten auf die Strasse, um Passantinnen und Passanten vor Ostern mit kleinen Schoko-Hasen eine Freude zu machen. Die Verteilung übernahmen (v. l. n. r.): Benji Grob, ???, Philip Schotland, David Schweizer, Christine Wirz-von Planta und Philip Karger.von Planta

Ja zu sinnvoller Medizin

Sehr deutlich war das Verdikt des Souveräns auch zur Präimplantationsdiagnostik. Es war eine Thematik, die nicht durch Parteipolitik geprägt wurde, sondern von Jeder und Jedem eine eigene Entscheidung nach praktischen und ethischen Gesichtspunkten abverlangte. Für das Ja entscheidend gewesen sein dürfte, dass sich

in den Nachbarländern ähnliche Lösungen bewährt haben. Auch die Zukunft des Forschungsplatz Schweiz hat sicher viele bewegt, ein Ja einzulegen. Befremdend ist, dass sich das unterlegene Lager als schlechter Verlierer outet und bereits ein Referendum, gegen das nun kommende Gesetz ankündigt, bevor dessen Inhalt überhaupt bekannt ist.

Service public wird Thema

Noch nie ist eine eidg. Abstimmung so knapp ausgegangen wie diejenige über die neue „Mediensteuer“. Knapp 3'700

Ja-Stimmen mehr - die SRG hat übrigens fast doppelt so viele Mitarbeitende... Auf alle Fälle muss dieser Zufallsentscheid dringend Anlass sein, die SRG sowie Umfang und Inhalt des Service public einmal grundlegend zu diskutieren und für die nähere Zukunft zu definieren. Die Gewinner der Abstimmung haben dies in Aussicht gestellt - sie sind beim Wort zu nehmen. Nach dieser Diskussion kann dann das „Preisschild“ bestimmt werden. Erinnerung sei, dass wohl auch noch eine „NoBillag“-Initiative ansteht.

In den Kübel geworfen

Auf kantonaler Ebene hat der Souverän die Vorlage betreffend Unterflurcontainer klar versenkt. Dass muss nun nicht zwingend heissen, dass diese Idee für alle Zeiten gestorben ist. Der Regierungsrat ist aber zuerst gefordert, eine taugliche Lösung - etwa in Form eines Pilotversuchs - vorzulegen, die nach einem grossrätlichen Ja eventuell auch ein Referendum zu bestehen hätte. Der Baudirektor lässt sich zwar zitieren, die Unterflurcontainer kämen sowieso. Ob der Souverän das auch so sieht?



Ein geladene sind alle LDP-Mitglieder, Angehörige und Freunde mit Kindern und Enkelkindern. Roland Brodmann wird uns über den Stand des neuen Elefantenhauses und seiner Umgebung berichten. Anschliessend an den Rundgang erwartet uns ein Apéro beim Zolli Restaurant. Anmeldung via Mail (info@ldp.ch), Fax (061 27217 43) oder per Post ans Sekretariat (LDP, Postfach 423, 4010 Basel).

Fortsetzung von Seite 1

Begehren der Linken hat Basel-Stadt einen wesentlichen Teil der Bevölkerung von den Steuern befreit. All jene, die den Kanton Geld kosten, werden vom Mittelstand und den „Reichen“ sowie von den Steuergeldern der Unternehmen unterstützt, welche auf Grund der Progression hohe Steuerabgaben leisten. Gleiches gilt auch für die AHV und die Arbeitslosenversicherung, wo besser Verdienende auch entsprechend einbezahlen. Das ist gelebte Solidarität! Unser Staatspersonal hat in den letzten Jahren aus Steuergeldern ca. 2 Milliarden Franken für die Sanierung der Pensionskasse

erhalten, die noch immer eine der besten wohl weltweit ist. Seit Februar 2015 ist die Lohnsumme des Staatspersonals Basel-Stadt um ca. 19 Millionen Franken erhöht worden. Auch das wird mit den Steuergeldern des Mittelstandes und der „Reichen“ bezahlt. Deshalb ist es schlicht nicht ehrlich, wenn sich die Linken über fehlende Solidarität beklagen und für besser Verdienenden höhere Steuern fordert. Wir brauchen im Kanton gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche dafür sorgen, dass der Service Public funktioniert. Es ist aber auch wichtig und richtig, die Arbeitsbedingun-

gen beim Kanton ab und zu mit jenen in der Privatwirtschaft zu vergleichen. Die ständigen Nachrichten über Entlassungen, Firmenschliessungen, Konkurse, Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland und Lohnsenkungen können niemandem gleichgültig sein und müssten, auch bei jenen Staatsangestellten, die sich benachteiligt fühlen - zum Nachdenken anregen. Es ist nicht so schlecht bestellt mit der Solidarität bei uns! Sie wird aber gefährdet, wenn die Bedingungen für Unternehmen und Leute, die gut verdienen, durch linke, als „gerecht“ getarnte Initiativen verschlechtert werden.

«Jesus ist fürs Leben gestorben»
Sterbehilfe müsse in allen Spitälern und Heimen möglich sein, die von der Öffentlichen Hand unterstützt werden. Dies fordert eine im Mai überwiesene Motion. Eine andere Sicht der Dinge vertritt LDP-Grossrat und Pfarrer Thomas Müry. Zitiert wurde er in den Medien mit dem Satz: «Es gibt kein Recht auf den Tod» und ein solches Angebot in christlichen Heimen und Spitälern sei eine «Perversion». Klare Aussagen, zu denen Müry steht, er stört sich aber an der Verkürzung seines Votums. Für ihn ist die Motion Ausdruck einer Ichbezogenheit, die die absolute Selbstbestimmung punkto Sterbehilfe über alle anderen Interessen stellt. «Es gibt nicht nur das Ich. Jeder Mensch ist in einem Beziehungsnetz verankert und sein Tun betrifft auch andere. Wie die Geburt, der Anfang des Lebens, nicht in unserer Hand ist, soll es auch das Ende nicht sein. Das Leben ist ein Geschenk, eine Gabe, eine Aufgabe und wir sollen diese mit unseren Begabungen erfüllen.»
Thomas Müry weiter: «In der Bundesverfassung gibt es im Artikel 10 ein Recht auf Leben, von einem Recht auf den Tod steht dort nichts». Im persönlichen Gespräch fügt er bei: «Ich verurteile niemanden, der seinem Leben ein Ende macht oder Sterbehilfe in Anspruch nimmt». Nur wehre er sich gegen ein «kategorisches Recht auf den Tod». Für sich selber lehne er allerdings beides klar ab. «Pervers» empfindet es Thomas Müry, wenn eine dem Leben verpflichtete Institution gezwungen werden soll, in ihren Räumen Sterbehilfe zuzulassen. Dem geforderten «Recht auf Tod» stehe, so Müry, der Hypokratische Eid der Ärzte entgegen – und in christlichen Heimen und Spitälern der Glaube: «Jesus ist für unser Leben gestorben, nicht für unsern Tod». Darum muss die Frage nicht sein, ob es denn christlich sei, einem Menschen die gewünschte Sterbehilfe, zu verweigern, sondern, ob es christlich sei, sie zu fordern. Müry beantwortet dies mit einem klaren: Nein.

Handels- und Gewerbeverein Riehen: Stabübergabe beim Präsidium

Nach 24 Jahren gibt es einen Generationenwechsel im Vorstand des HGR. An der Generalversammlung vom 7. Mai trat Peter Zinkernagel als Präsident zurück. Sein Nachfolger ist der 55-jährige Schreinermeister Daniel Hettich. Für Zinkernagel eine Idealbesetzung: Seit fast zehn Jahren ist Hettich Mitglied des HGR-Vorstands, er politisiert für die LDP im Einwohnerrat, ist in Riehen aufgewachsen sowie in der Bevölkerung wie auch im Gewerbe stark verankert. Zinkernagel selber blickt nachfolgend auf eine erfolgreiche Zeit als Präsident des HGR zurück.

Mit der Organisation der Gewerbeausstellung 1990 begann mein Engagement für das Riehener Gewerbe. Im Jahr darauf wurde ich zum Präsidenten des HGR gewählt.

In den folgenden Jahren haben wir uns für verschiedene Anliegen des Gewerbes eingesetzt:

- Förderung der Lehrlingsausbildung und des dualen Bildungssystems, Schule

und praktische Ausbildung in Betrieben.

- Durch die stetig engere Zusammenarbeit mit der Gemeinde und dem Gewerbeverband Basel-Stadt konnten



Der scheidende Präsident Peter Zinkernagel. An der Generalversammlung vom 7. Mai traten auch Gemeinderat Christoph Bürgenmeier, Thomas Meyer und Sekretärin Ulla Niedermann nicht mehr an. Neu im achtköpfigen Vorstand sitzen Diana D'Anselmo, Gemeinderat Guido Vogel und Jürg Blattner als Vertreter der Vereinigung Riehener Dorfgeschäfte (VRD). Mario Biondi, Rolf Brüderlin, Stefan Frei und Gaston Schweizer bleiben im Vorstand.

Jungliberale mit eigener Liste in die Nationalratswahlen



Der Vorstand freut sich auf ein interessantes Wahljahr 2015, in dem die Jungliberalen mit einer eigenen Liste für den Nationalrat kandidieren werden. Aufstellen liessen sich Michael Hug, Diana Blome, Adrienne Strahm, Lukas Hug und Benjamin Grob. Alle fünf Vorstandsmitglieder wurden einstimmig nominiert. Ganz ohne Geschlechterquote starten die Jungliberalen Basel-Stadt (JLB) mit einem 50-Prozent-Frauenanteil in ihrem Vorstand ins neue Vereinsjahr. Dabei verabschiedet die Partei zwei langjährige Mitglieder aus dem Vorstand, wobei jener auf acht Personen verkleinert wird. Bei den Neuwahlen wurden an der Generalversammlung vom 17. April 2015 Präsident Michael Hug, Vizepräsidentin Diana Blome, Kassier Lukas Hug, Sekretär Remi Berger sowie die Beisitzer Adrienne Strahm, Benjamin Grob und Annina von Falkenstein in ihrem Amt für ein weiteres Jahr bestätigt. Neu als Beisitzerin in den Vorstand gewählt wurde Martina Oettiker.

wir zu wichtigen Themen, wie Zonenplan, Dorfkernentwicklung und Wirtschaft Stellung nehmen.

- Ganz speziell ist es uns gelungen im neuen Zonenplan erstmals eigentliche Gewerbezone auszuweisen.
- Für das Rüchligareal erreichten wir eine Verlängerung der Mietverträge für die Gewerbebetriebe.
- Als LDP Politiker konnte ich die Anliegen des Gewerbes bis 2009 im Grossen Rat und seit 1998 im Einwohnerrat einbringen.
- Heute wird der HGR in der Gemeinde als wichtiger Verein wahrgenommen.
- Wir sind Meinungsbilder.
- Ziel für das Riehener Gewerbe und den Handel muss die Sicherstellung der Grundversorgung der Riehener Bevölkerung sein.

Es ist ein guter Zeitpunkt für den Wechsel im Präsidium. Der HGR ist mit seinen 160 Mitgliedern in einer guten Verfassung.

Impressionen von der Parteiversammlung

Am 11. Mai beschloss die Mitgliederversammlung der Liberal-Demokratischen Partei die Parolen für die Juni-Abstimmung und liess sich von der Präsidentin über die kommenden nationalen Wahlen informieren. Besonders die Themen RTVG und Präimplantationsdiagnostik waren von intensiven Diskussionen begleitet. Hier einige Impressionen (Fotos: Philip Karger).



Anzeige



Eine Reise zu 49 Basiliken in der Stadt Basel. Lernen Sie viele historische Daten kennen.

Bestellen

Ich bestelle Bücher á CHF 19.80
zzgl. Porto & Versand

Anrede:

Vor / Nachname

Strasse

PLZ / Ort

Unterschrift

Bestellung an:
Karger Libri AG, Petersgraben 31, 4051 Basel
Tel 061 306 15 15 Fax 061 306 15 16
basilia@pk-vision.ch / <http://basilia.pk-vision.ch>

PK-Vision
Philip Karger
140 Seiten, 48 Abbildungen
ISBN 978-3-033-05055-6
<http://basilia.pk-vision.ch>

Mit Stadtplan für eine Tour
zu allen Basilsikin-Figuren

Unser täglich Paradoxon gib uns heute



von André Auderset*

Wenn ein Soldat mit einem undurchdringlichen Schutzpanzer ausgerüstet ist und gleichzeitig mit einem Gewehr, dessen Munition alles durchdringen kann, so spricht man von einem Paradoxon, denn beides gleichzeitig ist schlicht nicht möglich. Paradox ist - zumindest sprachlich - auch, wenn man fanatisch für Toleranz kämpft oder lustvoll für die aktuelle Verbotskultur. Paradoxes findet man in der täglichen Politik - auch hier in Basel.

Wobei die Sprachwissenschaft bei einem Paradoxon von einem „scheinbaren Widerspruch“ redet, der sich bei genauerer Analyse auflöse. In der Politik gelingt (zumindest mir) das meistens nicht.

So bekämpft man im Iselin-Quartier zur Zeit leidenschaftlich die Ansiedlung eines Scientology-Zentrums. Kaum jemand regt sich aber darüber auf, dass der Claraplatz seit längerem zu einem Zentrum der Salafisten geworden ist, die dort mindestens jeden Samstag den Koran und andere zur Gewalt aufrufende

Schriften anbieten. Widerstand gegen das eine, gleichgültige Duldung des anderen: Das ist paradox.

Denn es gibt durchaus Gemeinsamkeiten: Scientology und Islam verstehen sich als allein-selig machende Religionen, und beide haben einen Propheten; L. Ron Hubbard heisst er bei den einen, Mohammed bei den anderen. Dann ist es aber vorbei mit den Gemeinsamkeiten.

Haben Sie je davon gehört, dass Scientologen Andersgläubige rituell köpfen oder wissen Sie von Selbstmordattentaten im Namen Hubbards? Auch ist meines Wissens noch keine Fatwa ausgegeben worden gegen jemand, der den Dianetik-Propheten karikiert hat. Trotzdem kämpft man mit Inbrunst gegen die Scientologen, lässt das Gebaren der Salafisten aber mit dem Verweis auf Glaubensfreiheit geschehen. Also wenn das nicht paradox ist...

Ein anderes Beispiel: Geschlechtergleichheit wird (zu recht) hochgehalten. Da nimmt man auch in Kauf, dass Gesetze nahezu unleserlich werden, weil immer beide Geschlechter gleichermassen genannt werden müssen. Lesen Sie nur diese eine Bestimmung im neuen Gerichtsorganisationsgesetz: „Wer als Arbeitsrichterin oder und Arbeitsrichter von der Arbeitgeberin oder vom Arbeitgeber zur Arbeitnehmerin oder zum Arbeitnehmer wird oder umgekehrt, scheidet von Gesetzes wegen als Richterin oder Richter aus.“

Wie oft gelesen, bis verstanden?

Um die Gleichheit auch im wirtschaftlichen Bereich zu sichern, werden Quotenfrauen geschaffen und eine Bundesrätin will die Lohnpolizei auf die Unternehmen loslassen. Und sogar so weltbewegende Fragen werden diskutiert, ob es im Strassenverkehr neben den Ampelmännchen künftig nicht auch Ampelweibchen braucht.

Die gleichen Kreise, die sich für sogenannte Genderfragen bis zur Lächerlichkeit engagieren, bleiben aber seltsam stumm, wenn ein anatolischer Bauer, den es zu uns verschlagen hat, seine Frau nur in männlicher Begleitung aus dem Haus lässt und ihr jede Integration verwehrt. Und die Tochter dann zur Zwangsheirat in die Heimat verfrachten lässt. Grenzenlose Toleranz auf der einen, massivste Korrektoreingriffe fordern auf der anderen Seite. Ist das nun paradox, oder braucht eine Schweizer Frau andere Förderung als eine Muslima?

Mein dringender Wunsch: Wir sollten künftig auf solch Paradoxes in der täglichen Politik achten und uns vor allem auf das wirklich Wichtige - oder das wirklich Bedrohende - konzentrieren. Denn eins scheint mir sicher: Vom Ampelmännchen droht wahrscheinlich keine allzu grosse Gefahr für das jüdisch-christliche Abendland.

* Dieser Beitrag erschien als „Basler Kommentar“ in der Basellandschaftlichen Zeitung.

4010 Basel

PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

Juni/Juli 2015
ISSN 2296-0155

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnent CHF 18.00

Auflage
2'500 Exemplare
erscheint vier bis sechs Mal
jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel

Denken Sie auch liberal?

Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden

Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.